



Stadtparlament: Interpellationen

Interpellation Martin Boesch: Unsere Post muss bleiben!; schriftlich; Beantwortung

Martin Boesch sowie 42 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 19. März 2013 die beiliegende Interpellation "Unsere Post muss bleiben!" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

- 1 Stimmt die in einem Schreiben der Schweizer Post gemachte Aussage, der Stadtrat sei einverstanden mit der Schliessung der erwähnten Poststellen?

Gemäss den der Stadt vorgelegten Unterlagen der Post sind am Standort St.Gallen die Poststellen insgesamt nicht wirtschaftlich. Der Bund verlangt von der Schweizerischen Post aber, ihre Kundenorientierung und Wirtschaftlichkeit laufend zu verbessern. Deshalb muss sie ihr Verkaufsnetz kontinuierlich weiterentwickeln und anpassen.

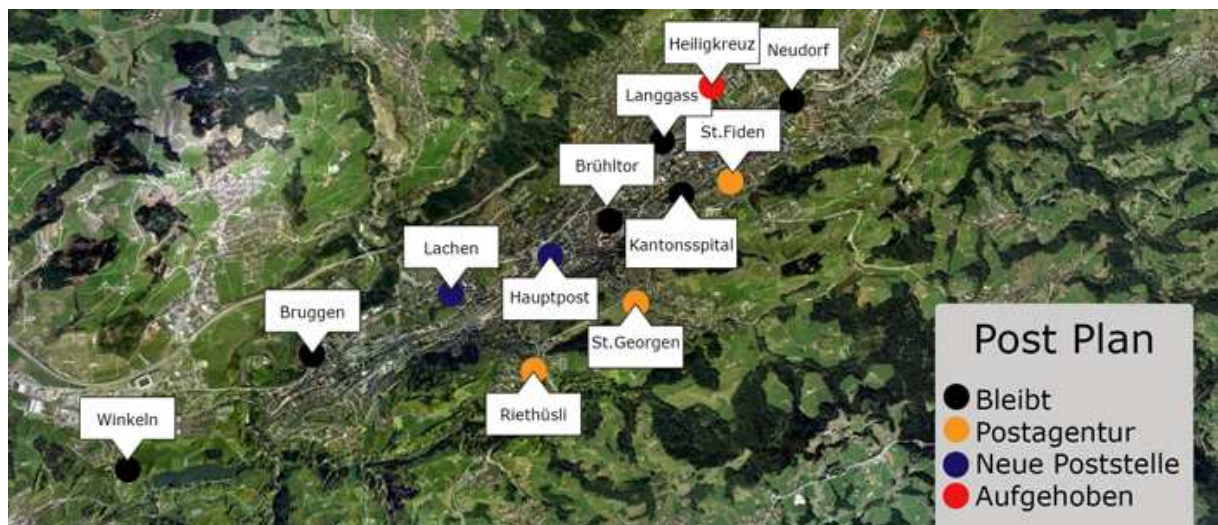
Das Verfahren bei einer Schliessung oder Verlegung einer Poststelle oder Postagentur ist in Art. 34 der Postverordnung vom 29. August 2012 (VPG; SR 783.01) geregelt. Dieser Erlass schreibt vor, dass vor der Schliessung oder Verlegung einer Poststelle oder Postagentur die Post die Behörden der betroffenen Gemeinden anhört. Sie strebt eine einvernehmliche Lösung an. Auf Verlangen von betroffenen Gemeinden prüft die PostCom, ob die Post die Anforderungen an das Verfahren gemäss Art. 34 der Verordnung eingehalten und die Behörden der betroffenen Gemeinde angehört sowie eine einvernehmliche Regelung angestrebt hat. Ferner klärt die Behörde ab, ob die Vorgaben zur Erreichbarkeit nach Art. 33 des Verordnungstextes erfüllt sind und ob der Entscheid der Post die regionalen Gegebenheiten berücksichtigt.

Das neue Poststellenkonzept für die Stadt St.Gallen führt zwar die betroffenen Poststellen auf. Es stehen aber weder ein Termin für die Änderung noch im Einzelfall die neuen, geänderten Standorte fest. Der Stadtrat war bei dieser Ausgangslage deshalb nicht bereit, sein



verbindliches Einverständnis in globo und im Voraus zu geben. Er ist erst bereit, dieses abzugeben, wenn die Post der Stadt im Einzelfall die konkrete Lösung unterbreitet. Sollte dannzumal keine einvernehmlich Lösung zustande kommen, kann der Stadtrat innert 30 Tagen nach Bekanntgabe des Entscheids der Post die PostCom anrufen, welche eine Empfehlung zuhanden der Post abgibt. Die Post entscheidet unter Berücksichtigung dieser Empfehlung endgültig über die Schliessung oder Verlegung der Poststelle oder -agentur. Vor der Eröffnung der Empfehlung darf die Post die betroffene Poststelle weder schliessen noch verlegen. Der Stadtrat hat am 22. Mai 2013 eine Aussprache mit den Präsidentinnen und Präsidenten der Quartiervereine (Vereinigte Quartiervereine VQV) dazu durchgeführt.

Die Post hat folgende Massnahmen vorgeschlagen:



- Schwarz markierte Poststellen: Die Poststelle bleibt wie bisher bestehen. Ergänzend dazu kommen im Raum Bahnhof/Zentrum und im Osten von St.Gallen (Neudorf) noch spezielle Geschäftskundenstellen, welche auf die Bedürfnisse der Geschäftskunden ausgerichtet sind
- Gelb markierte Poststellen: Die heute bestehenden Poststellen werden in sog. Postagenturen umgewandelt. Eine Agentur ist eine Poststelle, die im Auftrag der Post von einem selbstständigen Partner betrieben wird. Der Partner bietet die Postdienstleistungen als Zusatzgeschäft zum eigenen Betrieb an (in Frage kommen dafür zum Beispiel Detaillisten, Tourismusbüros und Bahnbetriebe). Ein wesentlicher Vorteil dieser Agenturen ist es, dass die Öffnungszeiten denjenigen des Partner-Betriebs entsprechen und damit in der Regel die Öffnungszeiten der Postagentur im Vergleich mit der heutigen Situation verbessert werden. Agenturen sind im Sinne der Postverordnung einer Poststelle gleichgestellt.



- Blau markierte Poststellen: Auch künftig werden an diesen Standorten Poststellen betrieben, aber es wird ein neuer Auftritt und eventuell alternativer Standort in Betracht gezogen bzw. gesucht. Eine Poststelle ist eine öffentlich zugängliche Publikumsseinrichtung, in der Dienstleistungen der postalischen Grundversorgung angeboten werden.
- Rot markierte Poststelle: Diese Poststelle wird aufgehoben.

Der Stadtrat hat die von der Post vorgeschlagenen Massnahmen zur Kenntnis genommen. Es handelt sich dabei um eine strategische Auslegeordnung mit konkreten Handlungsanweisungen für die einzelnen Poststellen, die sukzessive umgesetzt werden sollen. Der Stadtrat anerkennt die Notwendigkeit, betriebswirtschaftliche Massnahmen zu ergreifen, um die Postversorgung in der Stadt St.Gallen weiterhin aufrecht zu erhalten. Die Post hat ihre Beweggründe sowie die Alternativen zur Weiterführung des Service Public nachvollziehbar dargelegt. Im Vergleich mit anderen Städten in der Schweiz hat St.Gallen nach Vollzug der vorgeschlagenen Massnahmen immer noch eine hohe Dichte an Poststellen. Der Stadtrat sieht die Postversorgung in diesem Sinne nicht als gefährdet. Ebenfalls werden die Grundlagen aus dem Postgesetz für die Entscheidungen seitens Post in der Beantwortung der dritten Frage der schriftlichen Interpellation noch weiter ausgeführt.

2 Wie kommt der Stadtrat zur zitierten Einschätzung, die geplanten Massnahmen seien keine Verschlechterung der Postdienstleistungen?

Bei den von der Post vorgeschlagenen Massnahmen handelt es sich – ausser bei der Schliessung der Poststelle Langgasse/Heiligkreuz – im Grunde genommen um eine Umgestaltung des Angebots - wie z.B. die Einführung von Abgabestellen in Lebensmittelläden - in neue Postformate. Der Stadtrat hat der Schliessung der Poststelle Heiligkreuz zugestimmt, da die im gleichen Quartier und an der gleichen Strasse liegende Poststelle Langgasse bestehen bleibt

Die Aussage des Stadtrates, dass die geplanten Massnahmen keine Verschlechterung darstellen, stützt sich auf eine eingehende Analyse, welche die Post erstellt hat. Sie hat nachweisbar dargelegt, dass bei einer gesamtheitlichen Betrachtung die Postversorgung im gleichen Ausmass gewährleistet ist, was eine solide Basis für die künftige Postversorgung darstellt. Die vorgeschlagenen Postformate werden bereits in anderen Städten (z.B. Zürich) mit Erfolg angewendet.



- 3 Weshalb hat der Stadtrat den Abbau des Service Public und der Standortattraktivität nicht höher gewichtet als die kommerziellen Interessen der Post? Weshalb hat der Stadtrat sich nicht vehement für die Interessen der betroffenen Quartierbevölkerung und Unternehmen eingesetzt und von der Post gefordert, auf den Abbau ihrer Dienstleistungen zu verzichten?

Einerseits ist die Schweizerische Post in einer Konzernstruktur organisiert. Sie verfügt über Konzernbereiche, unterstützende Bereiche und Konzerngesellschaften. Mit dieser Struktur kann und muss sie schnell sowie innovativ auf Veränderungen in den Märkten reagieren. Andererseits untersteht die Post dem Postgesetz und den Richtlinien des Bundesrats. Nach der Absicht des Gesetzgebers sollen möglichst alle Dienstleistungen der Post zur Finanzierung der Grundversorgung beitragen. Aus diesen zwei Vorgaben heraus muss die Post eine angemessene Rendite erzielen, um ihren politischen Auftrag einer attraktiven Grundversorgung für Postdienste und für den Zahlungsverkehr zu garantieren. Zur Grundversorgung mit Postdiensten gehört nach der Postverordnung u.a. ein landesweit flächendeckendes Poststellen- und Postagenturen-Netz, das sicherstellt, dass die Grundversorgung für alle Bevölkerungsgruppen in allen Regionen in angemessener Distanz zugänglich ist. Die geplanten Massnahmen sind in diesem Sinne als eine Unternehmensentscheid der Konzernleitung Post einzustufen. Die Post erachtet es aus betriebswirtschaftlichen Gründen als notwendig, die geplanten Massnahmen durchzuführen, um in der Stadt St.Gallen weiterhin einen angemessenen Service Public anbieten und finanzieren zu können.

Der Stadtrat hat diesen Unternehmensentscheid respektiert, zumal er nicht mit einem generellen Abbau der Dienstleistung verbunden ist.

- 4 Weshalb hat es der Stadtrat unterlassen, der im Partizipationsreglement erwähnten Forderung nach angemessener Mitsprache der betroffenen Quartierbevölkerung nachzukommen?

Das Partizipationsreglement (sRS 141.1) sieht unter dem Titel „Projektpartizipation“ die Mitsprache der Bevölkerung an der Planung und der Erfüllung der städtischen Aufgaben vor. Dabei soll in Belangen, die ein Quartier besonders betreffen, die dortige Bevölkerung angemessen einbezogen werden. Schliessungen oder Verlegungen von Poststellen liegen im Verantwortungsbereich der schweizerischen Post und sind keine städtischen Aufgaben im Sinne des Partizipationsreglements. Die Post hat indes zugesichert, dass die Umsetzung der geplanten Massnahmen in enger Zusammenarbeit mit den einzelnen Quartieren erfolgen soll. Hier wird noch viel Detailarbeit zu leisten sein.



- 5 Ist der Stadtrat bereit, auf seine frühere Zustimmung zurückzukommen, und sich dafür einzusetzen, dass der Service Public im bisherigen Ausmass aufrechterhalten bleibt?

Der Stadtrat ist nach wie vor der Meinung, dass die geplanten Massnahmen einen für die Stadt St.Gallen vertretbaren Lösungsweg darstellen, da mit Ausnahme der Schliessung der Poststelle Heiligkreuz nur eine Umgestaltung des Angebots erfolgt und in den Quartieren weiterhin die Möglichkeit besteht, postalische Dienstleistungen vor Ort in Anspruch zu nehmen.

- 6 Wie will der Stadtrat in Zukunft seinen Verpflichtungen nachkommen, bei Entscheidungen, welche die Bevölkerung besonders betreffen, den Prinzipien der Offenheit, Transparenz und Partizipation genügend Gewicht zu geben und die Öffentlichkeit angemessen einzubeziehen?

Bei städtischen Aufgaben, die ein Quartier besonders betreffen (Artikel 1 des Partizipationsreglements), wird dies bereits heute gelebt. Der Stadtrat erarbeitet derzeit ein Quartierentwicklungskonzept, mit welchem die Kommunikation mit der Bevölkerung und die Zusammenarbeit mit den Quartieren optimiert werden soll.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Interpellation vom 19. März 2013



☒ Keine Öffentlichkeitsarbeit ☐ Medienmitteilung ☐ Medienkonferenz

Stellungnahme Dritter:	<input type="checkbox"/> Nein	FSKO	RK	FA	PA	ILA	AUE	KöB	AGVR
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
kein Mitbericht (= einverstanden)		<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mitbericht liegt bei		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

(= Ergänzungen, Vorbehalte, Ablehnung)

